



1. Gegenstand und Definition

1.1 Diese Bedingungen gelten für alle Verträge, mit denen der Auftraggeber informationstechnische Leistungen in Auftrag gibt.

- 1.2 Informationstechnische Leistungen im Sinne dieser Bedingungen sind alle Leistungen einschließlich Beratung im Zusammenhang mit der Entwicklung, Ausarbeitung und praktischen Einführung von Computerprogrammen, insbesondere
- Organisations- und sonstige Studien, Gutachten
 - Erstellung von Lastenheften, Pflichtenheften, Anforderungsspezifikationen, Konzepten
 - Realisierung sowie Änderung und Ergänzung von Programmen
 - Anpassung von Standardprogrammen
 - Schulung.

2. Abschluss des Vertrages

2.1 Bestellungen, Vereinbarungen und Änderungen sind nur verbindlich, wenn sie vom Auftraggeber schriftlich erteilt oder bestätigt werden. Der Schriftwechsel ist mit den jeweiligen Ansprechpartnern in Einkauf bzw. Group IT zu führen. Absprachen mit anderen Abteilungen bedürfen, soweit dabei Vereinbarungen getroffen werden sollen, die im Vertrag festgelegten Punkte verändern, der ausdrücklichen schriftlichen Bestätigung durch die zuständige Einkaufs- bzw. Group IT-Abteilung.

2.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn ihnen im Einzelfall nicht ausdrücklich widersprochen wird.

2.3 Der Auftragnehmer hat den Vertragsabschluss vertraulich zu behandeln. Er darf den Auftraggeber nur mit dessen schriftlicher Zustimmung Dritten gegenüber als Referenz benennen.

3. Inhalt des Vertrages

Die vertraglichen Vereinbarungen bestehen aus

- dem Bestellschreiben des Auftraggebers
- diesen "Allgemeinen Einkaufsbedingungen für informationstechnische Leistungen"
- den Dokumentationsrichtlinien des Auftraggebers, soweit einschlägig und
- den bei Vertragsabschluss für die vereinbarten Leistungen allgemein geltenden Richtlinien und Fachnormen.

Die vorstehenden Unterlagen sind in der aufgeführten Reihenfolge maßgebend.

4. Preise

4.1 Die vereinbarten Preise und Vergütungssätze sind Festpreise und schließen regelmäßig anfallende Anfahrtskosten und -zeiten sowie Kosten für Material und Benutzung der Testanlagen des Auftragnehmers ein. Sie verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

4.2 Ist ein Gesamtpreis vereinbart und wird nach Vertragsabschluss eine Änderung der Leistungen vereinbart, die zu einer Minderung des Leistungsumfangs führt, wird auf der dem Vertragspreis zugrunde liegenden Preisbasis unter Berücksichtigung der Minderkosten ein veränderter Gesamtpreis vereinbart. Entsprechendes gilt im Fall einer nach Vertragsabschluss vereinbarten Mehrung des Leistungsumfangs, wenn der Auftragnehmer vor Vereinbarung der zur Mehrung führenden Änderung auf das Erfordernis einer Preisänderung schriftlich hingewiesen hat.

5. Fachliche Bedenken des Auftragnehmers

Erkennt der Auftragnehmer, dass die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers - ein Konzept, sonstige Aufgabenstellungen oder Vorgaben - objektiv nicht ausführbar, fehlerhaft oder unklar ist, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich fachlich begründet schriftlich mitzuteilen.

6. Änderung der Leistung

6.1 Wünscht der Auftraggeber nach Vertragsabschluss eine Änderung der vereinbarten Leistung, ist der Auftragnehmer zur Berücksichtigung der gewünschten Änderung bei der Erbringung seiner Leistung verpflichtet, es sei denn, dies ist ihm im Hinblick auf seine betriebliche Leistungsfähigkeit nicht zumutbar und er teilt dies dem Auftraggeber unverzüglich,

spätestens innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Zugang des Änderungsverlangens, schriftlich mit.

6.2 Innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Zugang des Änderungsverlangens hat der Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen, ob die vom Auftraggeber gewünschte Änderung Auswirkungen auf die vereinbarte Vergütung und Ausführungsfrist hat; ergeben sich Auswirkungen, sind diese zu begründen.

6.3 Ist zur Frage der Realisierbarkeit einer gewünschten Änderung oder zu deren Auswirkung, insbesondere auf die vereinbarte Vergütung und Ausführungsfrist, eine umfangreiche Prüfung erforderlich, hat der Auftragnehmer dies innerhalb der in Ziffer 6.2 genannten Frist unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Prüfungsdauer schriftlich mitzuteilen. Die Durchführung einer solchen Prüfung bedarf einer gesonderten Vereinbarung.

6.4 Bis zum Zustandekommen einer Vereinbarung über die Durchführung einer Prüfung gemäß Ziffer 6.3 oder über die von dem Auftraggeber verlangte Änderung sind die Leistungen nach den vor dem Änderungsverlangen geltenden vertraglichen Vereinbarungen durchzuführen, sofern nicht der Auftraggeber eine Unterbrechung gemäß Ziffer 7 verlangt.

7. Unterbrechung der Durchführung des Vertrages

7.1 Im Fall einer Mitteilung des Auftragnehmers gemäß Ziffer 5 oder eines Änderungsverlangens des Auftraggebers gemäß Ziffer 6.1 kann der Auftraggeber jederzeit eine Unterbrechung der Durchführung aller oder einzelner Leistungen verlangen. Verlangt der Auftraggeber die Unterbrechung nicht und erkennt der Auftragnehmer, dass die Fortsetzung der Arbeiten auf der Grundlage der bestehenden Vorgaben zu unverwertbaren Ergebnissen führen würde, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

7.2 Über die Auswirkungen der Unterbrechung ist zwischen den Vertragspartnern eine angemessene Vereinbarung zu treffen. Die vereinbarten Ausführungsfristen verändern sich entsprechend dem Umfang des durch die Unterbrechung verzögerten Teils der Leistung, maximal um die Anzahl der durch die Unterbrechung für die Vertragsdurchführung entfallenen Arbeitstage.

8. Mitwirkung des Auftraggebers

8.1 Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer alle für die Durchführung der Vertragsleistung erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Verfügung stellen und die für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Entscheidungen kurzfristig treffen.

8.2 Soweit Leistungen projektbedingt im Betrieb des Auftraggebers durchzuführen sind, stellt er die erforderlichen Arbeitsräume, Rechnerzeit und Programme unentgeltlich zur Verfügung.

8.3 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber schriftlich und detailliert zur Einhaltung seiner Mitwirkungspflicht auffordern, soweit der Auftraggeber dieser nicht von sich aus nachkommt und der Auftragnehmer sich hierdurch in der rechtzeitigen Durchführung seiner Leistungen behindert sieht.

9. Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern

9.1 Auftragnehmer und Auftraggeber benennen je eine fachkundige Person und deren Stellvertreter, die während der Durchführung des Vertrages als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und befugt sind, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen oder diese unverzüglich herbeizuführen. Ein Wechsel dieser Personen ist nur aus wichtigem Grund möglich; er ist dem Vertragspartner unverzüglich mitzuteilen.

9.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit Einblick in die Durchführung der Leistungen und Erläuterung des Arbeitsfortschritts zu verlangen.

9.3 Je nach Art und Umfang des Projekts werden die Vertragspartner in regelmäßigen Zeitabständen zusammenkommen, um den Projektfortschritt festzustellen und anstehende Fragen zu erörtern. Inhalt und Ergebnis der Besprechungen sind in einem von beiden Vertragspartnern zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten.

10. Mitarbeiter des Auftragnehmers, Unterauftragnehmer

10.1 Das fachliche und disziplinarische Weisungsrecht über die Mitarbeiter des Auftragnehmers liegt bei dem Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn Vertragsleistungen projektbedingt im Betrieb des Auftraggebers durchzuführen sind.

10.2 Muss ein von dem Auftragnehmer zur Vertragsdurchführung eingesetzter Mitarbeiter aus von dem Auftraggeber nicht zu vertretenden Gründen durch einen anderen Mitarbeiter ersetzt werden, geht die Einarbeitungszeit zu Lasten des Auftragnehmers.

10.3 Der Auftragnehmer darf Unterauftragnehmer nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers einsetzen.

11. Abrechnung bei Kündigung wegen Vertragsverletzung

11.1 Bei außerordentlicher Kündigung durch den Auftraggeber ist der Auftragnehmer lediglich berechtigt, seine bis zum Tage der Kündigung nachweislich erbrachten Leistungen nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zum gesamten Wert des jeweiligen Einzelauftrages zu verrechnen, soweit der Auftraggeber dafür Verwendung hat. Der Auftraggeber kann darüberhinaus auch teilweise fertiggestellte Leistungen gegen Erstattung der nachweislich entstandenen Kosten, höchstens aber des dem Wert der teilweise fertiggestellten Leistung im Verhältnis zum gesamten Wert des jeweiligen Einzelauftrages entsprechenden Betrages, verlangen.

11.2 Stellt der Auftragnehmer die Zahlungen ein oder wird ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen oder ein außergerichtliches Vergleichsverfahren beantragt, so ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen. In diesem Fall findet obige Ziffer 11.1 entsprechend Anwendung.

12. Termine, Verzögerungen

12.1 Erkennt der Auftragnehmer, dass er die vereinbarten Termine aus irgendwelchen Gründen nicht einhalten kann, hat er dies dem Auftraggeber unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Verpflichtung zur Einhaltung der vereinbarten Termine bleibt unberührt.

12.2 Im Falle des Verzugs des Auftragnehmers ist der Auftraggeber berechtigt, pro vollendete Woche des Verzuges pauschalierten Verzugschaden in Höhe von 1 % des Einzelpreises der Leistung, mit der sich der Auftragnehmer in Verzug befindet, max. insgesamt 5% des Gesamtauftragswertes zu verlangen; weitergehende gesetzliche Ansprüche (Rücktritt und Schadensersatz statt der Erfüllung) bleiben vorbehalten. Der Auftragnehmer hat das Recht nachzuweisen, dass infolge des Verzuges gar kein oder ein wesentlich niedrigerer Schaden entstanden ist.

12.3 Bei Verzug des Auftragnehmers kann der Auftraggeber nach ergebnislosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist die noch nicht erbrachte Leistung zu Lasten des Auftragnehmers selbst durchführen oder durch Dritte durchführen lassen. Stattdessen kann der Auftraggeber nach ergebnislosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist vom Vertrag zurücktreten. Bei Dienstleistungsverträgen tritt an die Stelle des Rücktritts ein Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages.

12.4 Ergänzend zu den in den vorstehenden Absätzen getroffenen Regelungen gelten die gesetzlichen Vorschriften.

13. Fertigstellung der Leistungen, Prüfung, Abnahme

13.1 Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber die Fertigstellung der Leistungen schriftlich mit. Der Auftraggeber prüft die Leistungen. Ergibt die Prüfung die Vertragsgemäßheit der Leistungen, erklärt der Auftraggeber die Abnahme.

13.2 Bei Freigabe oder Abnahme von Teilleistungen wird die Gesamtheit der Leistungen erst mit der auf das vertragsgemäße Zusammenwirken aller Teilleistungen bezogenen Gesamtabnahme des Auftraggebers abgenommen.

13.3 Für die Realisierung, Änderung oder Ergänzung von Programmen gelten ergänzend die nachstehenden Ziffern 13.4 bis 13.10.

13.4 Der Auftragnehmer installiert die fertiggestellten Programme auf der vereinbarten Rechnerplattform betriebsbereit und stellt dem Auftraggeber zu diesem Zeitpunkt alle zur vertragsgemäßen Fertigstellung seiner Leistungen gehörenden Unterlagen, einschließlich einer ordnungsgemäßen Dokumentation, zur Verfügung.

13.5 Der betriebsbereiten Installation folgt eine Testphase, während der Auftragnehmer und Auftraggeber gemeinsam die Übereinstimmung der Programme mit den vereinbarten

Vorgaben, insbesondere Funktionalität und Leistungsverhalten, prüfen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der Testphase geeignete Mitarbeiter in angemessenem zeitlichem Umfang unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

13.6 Die Dauer der Testphase und die Testkriterien werden im Vertrag vereinbart. Werden während der Vertragsdurchführung Änderungen der Leistungen vereinbart, sind die Testkriterien entsprechend zu ändern.

13.7 Während der Testphase auftretende Fehler wird der Auftragnehmer unverzüglich beseitigen und das Ergebnis im Testverlauf nachweisen.

13.8 Nach erfolgreichem Abschluss der Testphase erklärt der Auftraggeber die Abnahme. Die Testphase ist erfolgreich, wenn die Programme mit den vereinbarten Vorgaben übereinstimmen.

13.9 Endet die Testphase ganz oder teilweise nicht erfolgreich, ist der Auftraggeber berechtigt, die Abnahme zu verweigern. Wegen unwesentlicher Mängel kann die Abnahme nicht verweigert werden. Im Fall der Abnahmeverweigerung sind die aufgetretenen Fehler von dem Auftragnehmer unverzüglich zu beseitigen. Nach Meldung der Fehlerbeseitigung findet eine Wiederholung der Testphase statt. Die Kosten der Wiederholung, mit Ausnahme der Personalkosten des Auftraggebers, trägt der Auftragnehmer.

13.10 Die Annahmeerklärung des Auftraggebers erfolgt schriftlich.

14. Mängelhaftung

14.1 Dem Auftraggeber stehen gegen den Auftragnehmer die gesetzlichen Mängelansprüche ungekürzt zu; in jedem Fall ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer nach seiner Wahl Beseitigung des Mangels oder Herstellung eines neuen Werkes verlangen. Das Recht auf Schadenersatz bleibt ausdrücklich vorbehalten.

14.2 Programmfehler, die sich innerhalb einer im Hinblick auf die Auswirkungen des Fehlers angemessenen kurzen Frist nicht beseitigen lassen, sind durch eine für den Auftraggeber zumutbare Umgehung vorläufig zu beheben; die Verpflichtung zur endgültigen Beseitigung bleibt unberührt. Die Dokumentation ist entsprechend der Fehlerbeseitigung zu korrigieren.

14.3 Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer bei der Mängelbeseitigung unterstützen, indem er die für die Analyse des Mangels erforderlichen Unterlagen und Informationen zur Verfügung stellt.

14.4 Die Verjährungsfrist für Sachmängelansprüche beträgt 24 Monate.

14.5 Wenn Gefahr in Verzug ist oder besondere Eilbedürftigkeit besteht, ist der Auftraggeber berechtigt, die Mängelbeseitigung auf Kosten des Auftragnehmers selbst vorzunehmen.

14.6 Mängel, die auf die Leistungsbeschreibung oder sonstige Vorgaben des Auftraggebers zurückzuführen sind, werden von der Gewährleistungsverpflichtung des Auftragnehmers nicht erfasst; dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer seine Hinweispflicht gemäß Ziffer 5 verletzt hat.

14.7 Ergänzend zu den in den vorstehenden Absätzen getroffenen Regelungen gelten die gesetzlichen Vorschriften.

15. Datenschutz

Der Auftragnehmer darf für die Durchführung der Vertragsleistung nur Personen einsetzen, die von ihm gemäß BDSG auf das Datengeheimnis verpflichtet worden sind. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass alle von ihm mit der Bearbeitung oder Durchführung des Vertrages betrauten Personen die Bestimmungen des BDSG beachten. Der Auftragnehmer hat die nach dem BDSG erforderlichen Datensicherungsmaßnahmen zu gewährleisten und wird dem Auftraggeber auf dessen Anforderung die zur Auftragskontrolle nach dem BDSG erforderlichen Auskünfte und Nachweise zur Verfügung stellen.

16. Geheimhaltung

16.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle ihm durch den Auftraggeber zur Kenntnis gelangenden Informationen (z.B. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Daten sowie deren Ablauf und Ergebnisse, sonstige technische oder kaufmännische Informationen jeder Art) vertraulich zu behandeln und nur zur Durchführung des Vertrages zu verwenden. Dritten dürfen die Informationen in keiner Weise zur Kenntnis gebracht werden; hiervon ausgenommen sind Mitarbeiter und sonstige Erfüllungsgehilfen, soweit sie die Informationen zur Durchführung des Vertrages benötigen.

16.2 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht auch bis zum Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Vertrages.

16.3 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht nicht hinsichtlich solcher Informationen, die

- allgemein bekannt sind oder
- dem Auftragnehmer durch einen Dritten ohne Verletzung einer Geheimhaltungsverpflichtung zur Kenntnis gelangt sind.

16.4 Soweit der Auftragnehmer geheimhaltungspflichtige Informationen in elektronischer Form erhält oder speichert, hat er sie wie personenbezogene Daten entsprechend dem BDSG gegen unbefugten Zugriff zu schützen.

16.5 Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeiter und sonstige Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen bedient, entsprechend den vorstehenden Regelungen zur Geheimhaltung zu verpflichten und dafür zu sorgen, dass die Verpflichtung eingehalten wird.

17. Datensicherung

Elektronisch erstellte Leistungen sind von dem Auftragnehmer in dem Projektfortschritt entsprechenden Teilergebnissen unter Einbeziehung der dafür erforderlichen Programmumgebung kontinuierlich zu sichern. Die Sicherungskopien sind auszulagern und fachgerecht aufzubewahren.

18. Unterlagen und Programme des Auftraggebers

18.1 Dem Auftragnehmer von dem Auftraggeber überlassene Unterlagen jeder Art, einschließlich Programme, bleiben Eigentum des Auftraggebers. Kopien dürfen nur zur Durchführung des Vertrages angefertigt werden. Originale und Kopien sind sorgfältig für den Auftraggeber zu verwahren und ihm nach Durchführung des Vertrages zurückzugeben.

18.2 Der Auftragnehmer darf die ihm von dem Auftraggeber überlassenen Programme nur in dem für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Umfang verwenden.

19. Nutzungsrecht

19.1 An den für den Auftraggeber entwickelten Programmen oder Teilen von Programmen und an allen sonstigen Leistungsergebnissen erwirbt der Auftraggeber unwiderruflich ein ausschließliches, zeitlich und räumlich unbeschränktes, jede bekannte Nutzungsart, einschließlich des Rechts zur Umarbeitung, Vervielfältigung, Änderung, Erweiterung und Einräumung einfacher Nutzungsrechte an Dritte umfassendes Nutzungsrecht, soweit sich nicht aus den nachstehenden Absätzen eine Einschränkung ergibt.

19.2 Stehen dem Erwerb eines Nutzungsrechts gemäß dem vorstehenden Absatz Rechte Dritter an in die Leistungen eingegangenen Fremdprogrammen oder sonstigen fremden Leistungsergebnissen entgegen, ist der Umfang des Nutzungsrechts des Auftraggebers im Vertrag entsprechend zu vereinbaren.

19.3 Der Auftragnehmer bleibt befugt, von ihm bei der Erarbeitung der Leistungsergebnisse verwandte Standardprogramme, Programmbausteine, Werkzeuge und von ihm eingebrachtes Know-how weiterhin, auch für Aufträge Dritter, zu nutzen. Eine Vervielfältigung, Bearbeitung oder sonstige Nutzung der für den Auftraggeber erarbeiteten Leistungsergebnisse und Lösungen, ganz oder in Teilen, ist dem Auftragnehmer nicht gestattet.

19.4 Zur Veröffentlichung für den Auftraggeber erstellter Leistungsergebnisse jeder Art - auch in Teilen - ist der Auftragnehmer nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt.

20. Programmcode

20.1 Programme werden dem Auftraggeber in maschinenlesbarem Code überlassen.

20.2 Für den Auftraggeber individuell entwickelte Programme sind diesem außerdem im Quellcode mit einer Herstellerdokumentation zu überlassen. Kopien von Quellcode und Herstellerdokumentation sind dem Auftraggeber bei Abnahme zu übergeben und müssen dem Programmstand bei Beendigung der Testphase entsprechen.

20.3 Im Rahmen der Gewährleistung an den Programmen durchgeführte Maßnahmen sind von dem Auftragnehmer unverzüglich in den Quellcode und die Herstellerdokumentation aufzunehmen; eine Kopie des jeweils aktualisierten Standes ist dem Auftraggeber unverzüglich zuzusenden.

21. Schutzrechte Dritter

21.1 Der Auftragnehmer garantiert, dass die vertragsgemäße Nutzung seiner Leistungen Schutzrechte Dritter nicht verletzt.

21.2 Im Verletzungsfall stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen Ansprüchen frei, die Dritte wegen der Schutzrechtsverletzung gegen den Auftraggeber geltend machen. Im Verletzungsfall ist der Auftragnehmer außerdem verpflichtet, dem Auftraggeber unentgeltlich entweder das Recht zur vertragsgemäßen Nutzung der betreffenden Leistungen zu verschaffen oder diese so abzuändern, dass die Schutzrechtsverletzung entfällt, die Leistung jedoch gleichwohl vertragsgemäß ist.

21.3 Voraussetzung für die Haftung nach 21.2 ist, dass der Auftraggeber den Auftragnehmer von Ansprüchen Dritter schnellstmöglich verständigt, die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennt und jegliche Auseinandersetzung, einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen, entweder dem Auftragnehmer überlässt oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führt. Die dem Auftraggeber durch die Rechtsverteidigung entstandenen Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

21.4 Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

21.5 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche beträgt zehn Jahre.

22. Zahlung

22.1 Der Auftraggeber leistet Zahlung nur gegen Rechnung gemäß den umsatzsteuerrechtlichen Bestimmungen, innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungserhalt. Sämtliche vom Auftraggeber geleisteten Zahlungen sind in der Schlussrechnung aufzuführen.

22.2 Zahlungen durch den Auftraggeber bedeuten keine Anerkennung der Abrechnung.

22.3 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Auftraggeber in gesetzlichem Umfang zu.

22.4 Mit der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers dürfen Ansprüche des Auftragnehmers aus diesem Vertrag an Dritte abgetreten werden.

23. Corporate Responsibility des Auftragnehmers

23.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Grundsätze des MAN Code of Conduct für Lieferanten & Business Partner (wurde dem Auftragnehmer ausgehändigt und/oder ist abrufbar unter http://www.man.eu/man/media/content_medien/doc/global_corporate_website_1/unternehmen_1/MAN_Code_of_Conduct_Suppliers_and_Business_Partners_DE.pdf).

23.2 Soweit der Auftragnehmer nach Maßgabe der Vorschriften zur Untervergabe (s.o. Ziff. 10.3.) Dritte zur Erfüllung seiner Aufgaben aus der mit dem Auftraggeber bestehenden Geschäftsbeziehung einsetzt, verpflichtet er sich, auch diesen den MAN Code of Conduct für Lieferanten & Business Partner auszuhändigen und sie zu dessen Einhaltung zu verpflichten.

23.3 Sollte der Auftragnehmer gegen die Grundsätze des MAN Code of Conduct für Lieferanten & Business Partner verstoßen, hat der Auftraggeber ein Recht zur außerordentlichen Kündigung der jeweiligen vertraglichen Beziehung mit sofortiger Wirkung.

24. Erfüllungsort, Teilunwirksamkeit, Gerichtsstand, anwendbares Recht

24.1 Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Verwendungsstelle, für Zahlungen des Auftraggebers dessen Sitz.

24.2 Im Falle der Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen bleiben die übrigen verbindlich. Die Vertragspartner sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelung zu ersetzen.

24.3 Gerichtsstand ist der Sitz des für den Auftraggeber allgemein zuständigen Gerichts. Der Auftraggeber kann jedoch den Auftragnehmer auch an dessen allgemeinem Gerichtsstand verklagen.

24.4 Ergänzend zu den Vertragsbestimmungen gilt ausschließlich das für die Rechtsbeziehungen inländischer Parteien maßgebliche Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Im Falle, dass es sich bei den Leistungen, die der Auftragnehmer zu erbringen hat, um Werklieferungen im Sinne von § 651 BGB handelt, finden in Abweichung zu § 651 BGB anstelle der kaufrechtlichen Bestimmungen des BGB die Bestimmungen des Werkvertragsrechts entsprechend und ergänzend zu diesen Bedingungen Anwendung.